

Motion Carolina Aragón (PdA)/Daniele Jenni (GPB)/Simon Röthlisberger (JA!): Aufhebung der Strassensperren vor der US-Botschaft

Seit mehreren Jahren sind die Strassen rund um die US-Botschaft verbarrikiert. Diese völlig überdimensionierte Sicherheitsmassnahme stellt für die Bevölkerung unter anderem aus den folgenden Gründen eine unerträgliche Schikane dar:

- Der Zugang zu den Wohnungen an Jubiläums-, Tillier- und Wildstrasse ist nur sehr erschwert möglich. Wer Einkäufe vor die eigene Haustüre fahren will, muss eine schikanöse Fahrzeugkontrolle durch einen privaten Sicherheitsdienst über sich ergehen lassen.
- Velofahrerinnen und Velofahrer werden durch die Strassensperre gezwungen, ein enges Tor auf dem Trottoir zu passieren, welches auch von den Fussgängerinnen und Fussgängern benutzt werden muss. Die Passage ist gefährlich, und gegenseitige Behinderungen kommen immer wieder vor.
- Wegen der Strassensperren kann auf dem Trottoir keine systematische Schneeräumung stattfinden. Dies führt bei winterlicher Witterung für alle Passantinnen und Passanten zu Rutsch- und Unfallgefahr.
- Die Jubiläumsstrasse wird täglich von Hunderten von Kindern und Erwachsenen auf dem Weg zu KaWeDe und Tierpark sowie von Hunderten von Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zur Schönausportanlage begangen. Es ist eine Zumutung, dass sie auf diesem Weg Strassenbarrikaden mit schwer bewaffneten Sicherheitsleuten passieren und sich den damit verbundenen Gefahren aussetzen müssen.

Es ist in keiner Weise ersichtlich, weshalb die Bernerinnen und Berner sich nach den Wünschen der US-Botschaft zu richten haben sollen. Falls die US-amerikanische Regierung Sicherheitsmassnahmen für notwendig hält, haben sich diese auf das Botschaftsareal und allenfalls noch auf das angrenzende Trottoir zu beschränken. Falls dies nach Meinung der US-Botschaft nicht genügt, hat sie ihre Büros an einen abgelegeneren Ort zu verlegen, wo sie die Bevölkerung nicht belästigt.

Aus den genannten Gründen wird der Gemeinderat eingeladen dafür zu sorgen, dass die Strassensperren an der Jubiläums-, Tillier- und Wildstrasse entfernt werden und dass der ungehinderte Zugang zu den dortigen Wohnungen, zur KaWeDe und zum Tierpark Dählhölzli wieder gewährleistet wird. Sicherheitsmassnahmen der US-Botschaft haben sich strikte auf das Botschaftsareal und das angrenzende Trottoir zu beschränken.

Bern, 24. Februar 2005

Motion Carolina Aragón (PdA), Daniele Jenni (GPB), Simon Röthlisberger (JA!); Catherine Weber, Urs Frieden, Hasim Sancar, Michael Jordi, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Karin Gasser, Martina Dvoracek, Ruedi Keller, Miriam Schwarz

Antwort des Gemeinderats

Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich um eine Motion im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Sollte sie vom Stadtrat erheblich erklärt werden, käme ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Zu den in der Motion angesprochenen Punkten nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

1. Sicherheitsaspekte

Gestützt auf Artikel 22 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen ist der Bund (Schweizerische Eidgenossenschaft) für die Sicherheit der diplomatischen Vertretungen in unserem Land zuständig und verantwortlich. Sicherheitsmassnahmen werden jeweils durch den Bundessicherheitsdienst festgelegt, der anschliessend die örtliche Polizei mit der Ausführung beauftragt. Eine Einflussnahme der Gemeindebehörden auf Sicherheitsmassnahmen, die vom Bund bei diplomatischen Vertretungen verfügt worden sind, ist grundsätzlich nicht möglich.

Nach der Beurteilung des Bundessicherheitsdiensts ist die Gefährdung der diplomatischen Vertretungen der USA unverändert hoch, was bedeutet, dass die Sicherheitsmassnahmen bei der US-Botschaft an der Jubiläumsstrasse in Bern nicht reduziert oder gar aufgehoben werden können. Die Jubiläumsstrasse und die Zufahrtsstrassen vor der US-Botschaft bleiben somit für den Motorfahrzeugverkehr vorerst noch gesperrt.

2. Auswirkungen auf das Quartier

Trotz der erwähnten Verkehrsmassnahmen sind die Zufahrten zur KaWeDe und zum Tierpark Dählhölzli an sich gewährleistet (wenn auch nicht auf direktem Weg), und Personen können die Sperrzone nahezu ungehindert passieren. Zwar wird die Anwohnerschaft der US-Botschaft in ihrer Bewegungsfreiheit durch die bestehenden Sicherheitsmassnahmen eingeschränkt; die Erschliessung aller Grundstücke ist jedoch – insbesondere auch für Notfälle – sichergestellt.

Konflikte zwischen den Sicherheitsinteressen der US-Botschaft und den legitimen Bedürfnissen der Anwohnerschaft werden jeweils in direkten Gesprächen mit den Betroffenen geregelt. In diesem Zusammenhang fand beispielsweise am 23. März 2004 eine Aussprache der Anwohnenden an der Jubiläumsstrasse mit Vertretungen des Bundessicherheitsdiensts und der Stadtpolizei Bern statt. Die damals gewünschten Anpassungen, insbesondere die Parkplätze innerhalb der Absperrung betreffend, konnten im Lauf der folgenden Monate realisiert werden. Sie haben zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation geführt.

3. Bemühungen der Stadt

Trotzdem ist nicht zu verkennen, dass die heutige Situation an der Jubiläumsstrasse die Wohnqualität im Quartier insgesamt stark belastet. Auf Dauer ist sie für die betroffene Bevölkerung ebenso unzumutbar wie die erschwerte Zufahrt für die Besucherinnen und Besucher des Tierparks Dählhölzli und der KaWeDe. Die Stadt Bern (Fachstelle Wohnen) suchte deshalb schon seit gut drei Jahren zusammen mit der US-Botschaft nach Möglichkeiten für eine Verlegung der diplomatischen Vertretung. Dabei wurden sowohl Neubaustandorte als auch geeignete bestehende Liegenschaften geprüft.

Schon früh zeichnete sich der Gebäudekomplex Sulgeneckstrasse 19 als optimale Lösung ab, doch dauerte es in der Folge sehr lange, bis sich die Grundeigentümerin und die US-Botschaft gefunden hatten und alle Probleme gelöst waren. Mehrmals drohten die Verhandlungen aus politischen oder finanziellen Gründen zu scheitern, und es brauchte schon die intensive Unterstützung seitens der Stadt, damit schliesslich eine Einigung gefunden werden konnte. Am 29. April 2005 gaben die Allianz-Versicherung und die US-Botschaft bekannt, dass ein langfristiger Mietvertrag für die Verlegung der Botschaft an die Sulgeneckstrasse 19 unterzeichnet worden sei.

Das genaue Datum des Umzugs steht noch nicht fest. Es kann aber damit gerechnet werden, dass die Verlegung Anfang 2007 erfolgen wird.

Das Botschaftsgebäude an der Jubiläumsstrasse liegt in der Wohnzone und ist in Wohnraum zurückzuführen. Damit kann das Kirchenfeldquartier nicht nur von den einschränkenden Verkehrs- und Sicherheitsmassnahmen im Umfeld der US-Botschaft entlastet, sondern in der Folge auch durch eine attraktive Wohnanlage aufgewertet werden.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 17. August 2005

Der Gemeinderat